



Präsident Bush (M.) bei der Fahrt durch das Katastrophengebiet, überschwemmtes New Orleans, Protest vor dem Weißen Haus

USA

Hoffnung für New Orleans

Während sich die Stadtverwaltung von New Orleans an den Aufbau der zerstörten Metropole macht, müht sich Präsident George W. Bush, seine durch den Hurrikan Katrina angeschlagene Popularität wiederherzustellen. Bei einem Appell an die Nation wollte er am vorigen Donnerstag Optimismus verbreiten und zugleich Inkompetenz und chaotisches Krisenmanagement vergessen lassen. Ausgerechnet Bush, der als gradlinig, volksnah und zupackend gilt, musste erleben, dass er als gefühllos, arrogant und zaudernd gerügt wurde – ein Präsident im Weißen Haus, isoliert von den Problemen des Landes. Die Sintflut, bei der nach vorläufiger Zählung mehr als 710 Menschen umkamen, bringt nicht nur die republikanische Agen-

da im Kongress durcheinander, bei der es um Steuerkürzungen und den Umbau der Krankenversicherung geht. Die Katastrophe dürfte auch – wie der Irak-Krieg – die zweite Amtszeit des Präsidenten überschatten. Gerade deshalb hatte Bush New Orleans zur Chefsache gemacht: Er reiste viermal in die verwüstete Region, schickte Ehefrau Laura und seinen Stellvertreter Richard Cheney zu Goodwill-Besuchen. Dann berief er einen neuen Mann an die Spitze der Katastrophenagentur Fema, die völlig versagt hatte, und übernahm – „soweit es die Regierung in Washington betrifft“ – die „persönliche Verantwortung für die ernsthaften Probleme in unserem Reaktionsvermögen“. Eine unabhängige Untersuchungskommission lehnte der Senat Mittwoch mit seiner republikanischen Mehrheit ab.

Mittlerweile sinken – auch dank des Technischen Hilfswerks und deutscher Spezialpumpen – die Wasserstände. Vielleicht könnten viele Bürger schon an diesem Montag in die von der Flut verschonten Regionen zurückkehren, kündigte Bürgermeister Ray Nagin an und hofft auf die Wiedergeburt seiner Stadt New Orleans: „Ich habe es satt, den Hubschrauberlärm zu hören“, sagte er. „Ich möchte wieder Jazz-Musik hören.“

EUROPA

Belehrung von den Bossen

Jede Menge Kritik musste sich EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso am vorigen Montag anhören. Bei einem vertraulichen Abendessen forderte ihn eine internationale Management-Elite dazu auf, überfällige Wirtschaftsreformen in der EU zügig umzusetzen. Die im „European Round Table of Industries“ vereinten Chefs namhafter Konzerne wie Siemens, Luftansa, Renault oder ThyssenKrupp befürchten, dass nach den verlorenen Referenden über die europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ein längerer Stillstand bei den

aus ihrer Sicht überfälligen Reformen eintreten könnte. Damit würde Europa gegenüber Wachstumsregionen wie China oder Indien noch weiter ins Hintertreffen geraten, ließen sie Barroso wissen. Neben höheren Investitionen für Forschung, Entwicklung und Bildung plädierten die Konzernchefs auch für einen raschen Abbau der EU-Bürokratie und die Streichung überflüssiger Gesetze, wie sie der deutsche EU-Industriekommissar Günter Verheugen bereits vor Monaten angekündigt hatte. Nachdem die Kommission über Jahre hinweg den Schwer-

punkt ihrer Arbeit auf Regelungen für den Verbraucher- oder Umweltschutz gelegt habe, so die Bosse, müsse sie nun sehr schnell zu einer industrie-freundlichen Politik übergehen. Nur so

könnten das Wachstum angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Barroso war offenbar beeindruckt. Öffentlich versprach er zu handeln und kündigte prompt die „radikalste“ Entbürokratisierung in der Geschichte der Europäischen Union an – allerdings ohne dabei ins Detail zu gehen.

Barroso

